

Brasilien: Der Kampf der Guarani-Kaiowá um Land und Würde



Die *Guarani-Kaiowá* in Mato Grosso do Sul, Brasilien, sind seit dem 19. Jahrhundert immer wieder Opfer von Gewalt und Vertreibung. Seit über 40 Jahren kämpft dieses indigene Volk daher darum, sein Land wiederzugewinnen. Hintergrund sind Landnutzungskonflikte mit dem expandierenden Agrobusiness. Die fehlende staatliche Anerkennung der indigenen Gebiete, die expandierende Landwirtschaft, die Zunahme gewaltsamer Übergriffe seit der Jahrtausendwende sowie Hunger und Unterernährung unter den *Guarani-Kaiowá* stehen in einem direkten Zusammenhang.

Die *Kaiowá* sind mit ca. 43.000 Mitgliedern die zweitgrößte Gruppe der 305 indigenen Völker Brasiliens und gehören der Nation *Guarani* an, die aus drei Subgruppen besteht: die *Paĩ-Tavyterã*, in der brasilianischen Literatur als *Kaiowá* bekannt, die *Ñandeva* und die *M'byá*. Zu den Siedlungsgebieten der *Guarani* gehören Teile Paraguays, Brasiliens, Uruguays, Argentiniens und Boliviens. Der größte Teil der *Kaiowá* lebt im Bundesstaat Mato Grosso do Sul im Süden Brasiliens an der Grenze zu Paraguay. Für die *Guarani* bedeutet Land mehr als nur ein Stück Boden zum Pflanzen und Wohnen. Das *Guarani*-Konzept *Tekohá* ist die Grundlage ihrer Lebensweise. *Tekohá* ist der Raum (-ha), wo die *Guarani* ihre Kultur und Lebensweise (*teko*-) leben. Zu diesem Raum gehören der Boden, die Wälder, die Felder, das Wasser, die Tiere, die Pflanzen und die Heilpflanzen. Land ist deshalb eine zentrale Voraussetzung, um eine harmonische Beziehung zwischen Mensch, Natur und spiritueller Welt zu gewährleisten. Aufgrund des Verlusts ihres Landes können die *Kaiowá* („Menschen des Waldes“) auch ihrer einst vielfältigen Nahrungsmittelbeschaffung wie Fischen, Jagen, Sammeln von Wildfrüchten und Ackerbau, nicht mehr nachgehen.¹

Systematische Vertreibung und Repression gegenüber den *Guarani-Kaiowá*

Die *Guarani-Kaiowá* wurden seit dem 19. Jahrhundert aus ihrem Gebiet vertrieben, um Raum für Landwirtschaft zu schaffen. Die brasilianische Regierung plante die Erschließung der Region und förderte den Zuzug von Siedlern. Infolge des Paraguayanischen Kriegs (1864 bis 1870) vergab sie großzügig Landtitel – eine Praxis, die unter der Regierung Vargas

(1930 bis 1945) zunahm. Dies betraf vor allem die traditionellen Gebiete der *Guarani-Kaiowá*. 1915 bis 1928 schuf die Regierung in Mato Grosso do Sul acht indigene Reservate, die mit insgesamt 18.124 Hektar aber viel kleiner waren als die früheren Gebiete.² Damit missachtete sie die soziopolitische Organisation der Indigenen und deren enge Beziehung zum *Tekohá*, dem Land der Ahnen. Zuvor getrennt lebende Gemeinschaften und Familiengruppen werden seit dem zunehmend dazu gezwungen, auf engem Raum in den Reservaten zusammen zu leben.³ Durch die massive Expansion der Soja- und Zuckerrohrkulturen seit den 1970er Jahren verschärfte sich die Situation. Die landwirtschaftliche Mechanisierung und die Rodung der Wälder schränkten den Lebensraum der *Guarani-Kaiowá* weiter ein. Sie mussten sich immer weiter zurückziehen oder wurden im Fall von Konflikten gewaltsam verdrängt. Zusätzlich zerstörten Monokulturen und die steigende Verwendung von Pestiziden die Biodiversität und damit ihre Lebensgrundlage.⁴

Im Jahr 2014 veröffentlichte die *Nationale Wahrheitskommission* ihren Abschlussbericht über Menschenrechtsverletzungen an Indigenen in Brasilien im Zeitraum 1946 bis 1988. Diese Dokumente belegen die systematischen Menschenrechtsverletzungen an den *Guarani-Kaiowá*. Handelt es sich hier um einen „stillen Genozid“ an den Indigenen? Die Häufung von Gewalttaten an den *Guarani-Kaiowá* seit den 1990ern bis zum heutigen Tag weist darauf hin.⁵

¹ Vgl. Mendonça, Ricardo; Mariana Sanches (2011). *Uma tragédia indígena*. In: Época, Índios, 2.12.2011. <http://revistaepoca.globo.com/tempo/noticia/2011/12/uma-tragedia-indigena.html> (13.4.2016).

² Vorher lebten die *Guarani-Kaiowá* auf 6 Millionen Hektar. Vgl. Grünberg, Friedl (2003): *Reflexionen über die Lebenssituation der Guarani-Kaiowá in Mato Grosso do Sul, Brasilien*. Verfügbar unter http://www.iai.spk-berlin.de/fileadmin/dokumentenbibliothek/Indiana/Indiana_19_20/13gruenberg1111.pdf, (18.4.2016).

³ Im Reservat Dourados leben 14.000 *Kaiowá* auf nur 3500 Hektar Land, das entspricht 400 Personen/km², also deutlich mehr als der durchschnittlichen brasilianischen Bevölkerungsdichte von 6,86 Personen/km². Daten von Mendonça, Ricardo; Mariana Sanches (2011).

⁴ Vgl. Mendonça, Ricardo; Mariana Sanches (2011).

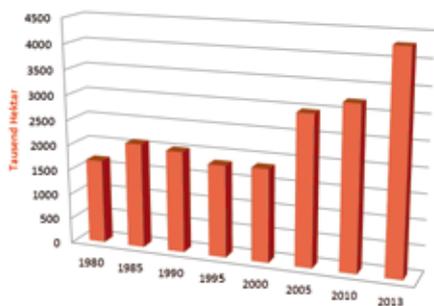
⁵ Vgl. *Nationale Wahrheitskommission* (2014): *Relatório Final*. Verfügbar unter: http://www.cnv.gov.br/images/pdf/relatorio/volume_1_pagina_83_a_274.pdf (29.3.2016).

Mato Grosso do Sul in den Händen des Agrobusiness

Mato Grosso do Sul besitzt eine Fläche von 35,7 Millionen Hektar. Es gehört zu den fünf Bundesstaaten Brasiliens, die am meisten von Landgrabbing betroffen sind: Bereits 2010 befanden sich 1,3 Prozent der Fläche des Bundesstaates (473.000 Hektar) in den Händen ausländischer Unternehmen.⁶ 2015 registrierten Forscher der *Universidade Estadual Paulista „Júlio de Mesquita Filho“* (UNESP, Staatliche Universität São Paulo „Júlio de Mesquita Filho“) den Landkauf oder die Pacht durch 28 ausländische Unternehmen, unter ihnen befinden sich multinationale Giganten wie *Cargill*, *Bunge*, *Monsanto* und *ADM (Archer Daniels Midland Company)*. Sie investieren in Land, um vor allem Zuckerrohr, Soja und Mais anzubauen.⁷ Viele der Landkäufe können nicht nachvollzogen werden, da dies durch undurchsichtige Firmengeflechte und die Umgehung der nationalen Gesetzgebung verschleiert wird, wie kürzlich eine Studie⁸ von *Justicia Global* und *Grain* zeigte. Riesige Landflächen (21 Mio. Hektar) in Mato Grosso do Sul dienen als Weideland, vor allem für Rinder. Daneben kam es in den letzten zehn bis 15 Jahren zu einer massiven flächenmäßigen Expansion landwirtschaftlicher Produktion (siehe Abbildung). Zwischen 2000 und 2013 verdoppelte sich nahezu die Anbaufläche für die Sojaproduktion. Die Zuckerrohrproduktion wuchs in diesem Zeitraum flächenmäßig auf mehr als das Sechsfache an, die Anbaufläche für Mais auf das Vierfache. Im Vergleich zu 1980 hat sich die Anbaufläche für diese drei Kulturen insgesamt um den Faktor 4,5 auf mehr als vier

Millionen Hektar erhöht – eine Million Hektar davon allein von 2010 bis 2013.⁹

Flächenexpansion der Hauptkulturen Soja, Mais und Zuckerrohr in Mato Grosso do Sul



Quelle: Brasilianisches Amt für Geografie und Statistik (IBGE, 2016). Verfügbar unter http://www.ibge.gov.br/home/estatistica/pesquisas/pesquisa_resultados.php?id_pesquisa=44 (28.4.2016).

Die negativen Folgen der steigenden Produktion und Produktivität der brasilianischen Landwirtschaft in Mato Grosso do Sul tragen unter anderem die *Guarani-Kaiowá*: Pestizide und die territoriale Expansion der landwirtschaftlichen Produktion führen zu gesundheitlichen Schäden, fehlendem Zugang zu Land und der Zerstörung der Biodiversität.

Missachtung des Rechts auf Nahrung und die Folgen für die Guarani-Kaiowá

Einer aktuellen Studie von FIAN International aus dem Jahr 2016 zufolge leiden 100 Prozent der *Guarani-Kaiowá* in Mato Grosso do

Sul an Hunger oder Nahrungsunsicherheit.¹⁰ Besonders Kinder sind die Leidtragenden von Nahrungsunsicherheit: Eine Studie unter 137 *Guarani-Kaiowá*-Kindern unter fünf Jahren im Reservat Caarapó im Jahre 2006 ergab, dass 18 Prozent an Untergewicht leiden und 34 Prozent chronisch unterernährt waren.¹¹ Die Situation verbesserte sich auch 2014 nicht, in dem nach Angaben der Indigenen Pastorele CIMI¹² 55 Kinder in Mato Grosso do Sul an Unterernährung starben.¹³ Das ist mehr als das Doppelte als in den Jahren zuvor.¹⁴ Die brasilianische Regierung baute 2003 die staatlichen Sozialleistungen aus mit dem Ziel, Hunger und extreme Armut zu bekämpfen. Sie verteilt nun Essenskörbe, bekannt als *Bolsa Familia*, an sozial Benachteiligte. Diese Essenskörbe werden unregelmäßig an die Indigenen verteilt und respektieren nicht die besonderen Essgewohnheiten der *Guarani-Kaiowá*. 90 Prozent der *Kaiowá* sind von diesen Lebensmittelhilfen abhängig.¹⁵ Besonders paradox erscheint dies in dem Wissen, dass die *Guarani-Kaiowá* sich bis zu ihrer Vertreibung autonom und selbstständig ernährt haben.

Keinen Zugang zu ausreichend Land zu haben ist für die *Guarani-Kaiowá* zudem wie ein langsamer, aber sicherer sozialer und kultureller Tod. Die Folge ist Perspektivlosigkeit, Arbeitslosigkeit sowie Drogen- und Alkoholprobleme. Den von der brasilianischen Gesellschaft angebotenen Lebensstil lehnen die Indigenen ab, einige sehen sogar keine andere Lösung als den Suizid: 2014 nahmen sich 48 *Guarani-Kaiowá* in Mato Grosso do Sul das Leben. Das entspricht 35 Prozent aller Suizide Indigener in Brasilien.¹⁶ Im Vergleich zu 2011 hat sich die Suizidrate mehr als verdreifacht.¹⁷ Der Mangel an Alternativen treibt die *Kaiowá* in sklavenähnliche Arbeitsverhältnisse. Bis 2012 wurden 1.000 Zuckerrohrarbeiter aus sklavenähnlichen Verhältnissen in Mato Grosso do Sul befreit. 800 dieser Sklaven waren *Guarani-Kaiowá*.¹⁸ Einige *Kaiowá* akzeptierten diese unmenschlichen Lebensumstände nicht und forderten ihr Land zurück. Sie errichteten improvisierte Zeltlager am Straßenrand und versuchen



6 Vgl. Mançano Fernandes, Bernardo; Welch, Clifford Andrew, Constantino Gonçalves, Elienai (2012): *Gobernanza de la Tierra en Brasil*, S. 50–51. Verfügbar unter http://docs.fct.unesp.br/nera/ltid/governanza_tierra_brasil-bmf_caw_ecg.pdf, (18.4.2016).
7 Vgl. Cardoso Dalperio, Lara (2015): *Estrangeirização de terras por meio da compra no estado do Mato Grosso do Sul: Algumas Reflexões*. Verfügbar unter: http://www2.fct.unesp.br/nera/boletimdatluta/boletim_data_luta_10_2015.pdf, (14.4.2016).
8 Studie verfügbar unter <https://www.grain.org/article/entries/5336-foreign-pension-funds-and-land-grabbing-in-brazil>, (18.4.2016).
9 Vgl. Staatssekretariat für Umwelt und wirtschaftliche Entwicklung (2015): *DIAGNÓSTICO SOCIOECONÓMICO DE MATO GROSSO DO SUL–2015*. Verfügbar unter: http://www.semade.ms.gov.br/wp-content/uploads/sites/20/2015/03/Diagnostico_Socioeconomico_de_MS_20151.pdf, (18.4.2016).

10 Vgl. CIMI-MS, FIAN Brazil und FIAN International (2016): *The Guarani and Kaiowá People's Right to Adequate Food and Nutrition- A Holistic Approach*. Executive Summary, S. 33. Bei der Studie wurden die Gemeinden *Guaiviry*, *Ypo'i* und *Kurusu Ambá* in Mato Grosso do Sul über mehrere Jahre untersucht.
11 Picoli, Renata Palópoli; Luana Carandina; Dulce Lopes Barbosa Ribas (2006). *Saúde materno-infantil e nutrição de crianças Kaiowá e Guarani, Área Indígena de Caarapó, Mato Grosso do Sul, Brasil*. Faculdade de Saúde Pública, Universidade de São Paulo. <http://www.scielo.br/pdf/csp/v22n1/25.pdf>, (5.4.2016).
12 CIMI ist die katholische Pastorele für indigene Völker in Brasilien (*Conselho Indigenista Missionário*), welche sich für den Schutz der Indigenen und die Wiederaufnahme des Demarkationsprozess einsetzt. Webseite: www.cimi.org.br.
13 Vgl. CIMI (2014a): *Violence against indigenous people in Brazil*, S. 174-175. Verfügbar unter http://www.cimi.org.br/File/Report_Prozent20Violence.pdf, (30.3.2016).
14 Im Zeitraum von 2004 bis 2008 starben 80 indigene Kinder an Unterernährung. Im Durchschnitt sind das 20 Kinder pro Jahr. Vgl. Lopes, Jacqueline (2008): *Em cinco anos, 80 crianças índias morreram por desnutrição ou causas associadas em MS*. In Midimax, Geral. Verfügbar unter <http://www.midiamax.com/naoticias/314144-cinco+anos+80+criancas+indias+morreram+desnutricao+ou+causas+associadas+ms.html> (29.3.2016).
15 Vgl. FIAN Netherlands (2013): *The struggle of the Guarani-Kaiowá – Land shortage and hunger in a land of plenty*. Verfügbar unter http://www.fian.org/fileadmin/media/publications/Fact_Sheet_Guarani_Dec2013.pdf (2.5.2016).
16 Alle Daten von CIMI (2014a), S. 174.
17 Vgl. CIMI (2011a): *Violência contra os povos indígenas no Brasil*. Verfügbar unter: <http://www.cimi.org.br/pub/CNBB/Relat.pdf>, (30.3.2016).
18 Vgl. CIMI (2011b): *As violências contra os povos indígenas em Mato Grosso do Sul. E as resistências do Bem Viver por uma Terra Sem Males: 2003-2010*, S. 16-18. Verfügbar unter http://www.cimi.org.br/pub/MS/Viol_MS_2003_2010, (29.3.2016). Vgl. CIMI (2014a), S. 174-175.

dadurch, Druck auf die politischen Entscheidungsträger auszuüben (*retomadas*, siehe weiter unten). Dabei kommt es immer wieder zu tödlichen Unfällen mit vorbeifahrenden Autos und Lastwagen. Nach starken Regenfällen sind die Straßencamps oft überflutet und bieten dadurch einen optimalen Nährboden für Krankheiten und Seuchen.

Internationale Verpflichtungen Brasiliens

Brasilien hat 1992 den *UN-Sozialpakt*, 2002 die *ILO-Konvention 169* und 1990 bzw. 1994 die *UN-Kinderrechts- und Frauenrechtskonvention* ratifiziert. Mit dem *UN-Sozialpakt* wurde das Recht auf Nahrung im brasilianischen Rechtssystem verankert. Die *ILO-Konvention 169* beinhaltet den Anspruch der Indigenen auf ihre traditionellen Gebiete.¹⁹ Mit der brasilianischen Verfassung von 1988 wurden indigene Völker erstmals als offizielle Rechtssubjekte anerkannt. Zudem verpflichtet die Verfassung den Staat, innerhalb von fünf Jahren alle indigenen Gebiete zu demarkieren und zu übergeben. Doch dies ist nicht passiert: Lediglich 1,6 Prozent der Fläche von Mato Grosso do Sul wurde als indigenes Gebiet anerkannt. Hierbei ist es wichtig zu erwähnen, dass die *Kaiowá* nur vier Prozent der gesamten Fläche Mato Grosso do Suls zurückfordern.²⁰

Im Jahr 2007 unterzeichneten die brasilianische Bundesstaatsanwaltschaft (*Ministerio Público Federal*) und FUNAI (*Fundação Nacional do Índio*, die nationale Organisation zur Unterstützung der indigenen Völker) die *Termo de Ajustamento de Conduta* (TAC, ein Abkommen mit der *Kaiowá*-Gemeinde zur Demarkierung und Übertragung der Siedlungsgebiete der *Guarani-Kaiowá* bis 2010), in der sich der Staat Brasilien bereit erklärt, bis zum Jahr 2009 36 Territorien der *Guarani-Kaiowá* in Mato Grosso do Sul zu identifizieren und zu demarkieren. Jedoch räumt das brasilianische Demarkationsgesetz jedem Bürger die Möglichkeit ein, gegen die Demarkierung Einspruch einzulegen. Von Seiten der Großgrundbesitzer werden deshalb immer wieder Berufungsverfahren eingeleitet. Ende 2013 befanden sich 183 Fälle von Landstreitigkeiten (indigene und andere) im gerichtlichen Verfahren. In fast allen Fällen landen die Demarkationen vor Gericht, wo meistens zugunsten der Großgrundbesitzer entschieden wird.²¹

Neue Unterdrückungsmechanismen

Am 1. Juli 2010 verschärfte die Zweite Kammer des Obersten Bundesgerichts die Situation sogar: Eine restriktive Interpretation (bekannt als *Stichtagsregelung*, *marco temporal*) des 231. und 232. Artikels der Verfassung führt dazu, dass Indigene, die vor dem 5.10.1988 von ihrem Gebiet vertrieben wurden, kein Recht auf dieses Land mehr besitzen. Das widerspricht eindeutig der *ILO-Konvention 169*, welche die nationale Pflicht beschreibt, den Zugang der indigenen Völker zu ihrem Land zu respektieren. Aktuell sind 330 Gemeinschaften davon betroffen, deren Rechtsansprüche sich seit Jahren in den bürokratischen Mühlen eines komplexen Landabsicherungsprozesses verfangen.²²

Die Bestrebungen, die Landrechte der Indigenen zu unterdrücken,

zeigen sich auch im Verfassungsänderungsvorschlag *PEC 215*. Dieser sieht vor, dass die Legislative und nicht mehr die Exekutive Demarkationen durchführt, womit *de facto* der Schutz von Minderheiten nicht mehr gewährleistet wäre. Im brasilianischen Parlament verfügen die *ruralistas*, Großgrundbesitzer und Vertreter des Agrobusiness, über eine Mehrheit. Damit würde Brasilien seiner nationalen Pflicht, die Indigenen zu schützen und zu respektieren, nicht mehr nachkommen können. Außerdem sieht *PEC 215* vor, die Umsetzung von Großprojekten ohne Zustimmung der indigenen Völker zu erlauben.

Die Demarkierung indigener Gebiete in Brasilien

1. Identifizierung: Eine Arbeitsgruppe der staatlichen Indigenenbehörde FUNAI untersucht vor Ort das traditionelle Gebiet und erstellt anthropologische Studien unter Beachtung soziologischer, rechtlicher, kartographischer und Umweltaspekte. Hat der FUNAI-Präsident den Bericht genehmigt, wird das Ergebnis im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. 90 Tage können alle BürgerInnen Einspruch einlegen. Dann hat die FUNAI 60 Tage Zeit, ihre Stellungnahme ans Justizministerium weiterzuleiten.
2. Deklaration: Das Justizministerium muss bis 30 Tage nach Erhalt des Falls per Erlass Größe und Grenzen des indigenen Gebietes bekannt geben und die Demarkierung anordnen.
3. Demarkierung: Es folgt die physische Vermessung und Abgrenzung des indigenen Territoriums getreu den Angaben des Ministerialerlasses.
4. Homologisierung: Brasiliens PräsidentIn bestätigt die Demarkierung per Dekret.
5. Registrierung: Spätestens 30 Tage nach Veröffentlichung des Dekrets registriert die FUNAI das Gebiet im Notariat des Verwaltungsbezirks und beim Finanzministerium.²³

Retomadas und aktiver Widerstand – eine Antwort auf die Vertreibung

Viele *Kaiowá* sehen keine andere Möglichkeit, als das ihnen zustehende Land, welches momentan im Besitz von Großgrundbesitzern ist, zu besetzen und aktiv zurückzufordern. Die sogenannten *retomadas* (dt: Rückgewinnung) nehmen seit den 1990er Jahren zu. Sie werden als politisches Druckmittel verwendet, um auf die Umsetzung ihres formal anerkannten Rechts auf Land aufmerksam zu machen. Dieser letzte Versuch, das den *Guarani-Kaiowá* durch die Verfassung und ratifizierte internationale Abkommen zustehende Land zurückzugewinnen, wird von den Landbesitzern gewaltsam bekämpft. Als Antwort auf die *retomadas* organisieren sich die Großgrundbesitzer (*Fazendeiros*) und heuern Auftragsmörder und paramilitärische Gruppierungen an, welche die *Kaiowá* gewaltsam einschüchtern sollen. Die *retomadas* werden von kleineren familiären Gruppen durchgeführt, die den bewaffneten Einheiten der Großgrundbesitzer hoffnungslos unterlegen sind. In vielen Fällen kommt es auch zu Tötungen.²⁴

Widerstand trifft auf Gewalt und Kriminalisierung

Die systematische Repression der *Guarani-Kaiowá* und der fehlende Schutz lassen sich an der endlosen Liste von Gewalttaten in Mato Grosso do Sul der letzten Jahre ablesen: Im Zeitraum 2003 bis 2010 kam es zu 250 Tötungsdelikten und 190 versuchten Morden an den *Guarani-Kaiowá*.²⁵ Zwischen 2007 und 2012 hat sich die Anbaufläche von

19 Nähere Informationen zu den Verträgen und Abkommen auf http://www.fian.de/fileadmin/user_upload/dokumente/shop/RaN/2012_Doku_IndigeneLA_dt_final_screen.pdf.

20 Vgl. FUNAI (2016): *Terras indígenas: o que é?* Verfügbar unter: <http://www.funai.gov.br/index.php/nossas-acoas/demarcacao-de-terras-indigenas?start=1#>, zuletzt geprüft am 29.3.2016.

21 CIMI (2014b), S. 37.

22 Vgl. Ziegler, Jean; Christophe Golay; Claire Mahon; Sally-Anne Way (2011): *The fight for the right to food: Lessons learned*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

23 FUNAI (2011b). *Índios do Brasil - As Terras - Como é feita a demarcação?* Verfügbar unter: <http://www.funai.gov.br/> (28.4.2016).

24 Vgl. Grünberg, Friedl (2003), S. 252.

25 Vgl. CIMI (2011b).

Zuckerrohr in der Provinz Mato Grosso do Sul verdreifacht. Seit 2007 sind auch die Morde an den *Guarani-Kaiowá* in die Höhe geschossen, von 18 Morden im Jahre 2006 auf 41 Morde 2007 und 53 Morde in 2008.²⁶ Auch 2014 ließ die Gewalt gegenüber den *Kaiowá* nicht nach. In Mato Grosso do Sul kam es zu 25 Morden, zwölf Mordversuchen und neun Fällen von fahrlässiger Tötung.²⁷ Ende 2015 und Anfang 2016 legen die Angriffe auch eine neue Methode der Gewalt offen: Die indigenen Gemeinden werden mehr und mehr zur Zielscheibe von Attacken und Übergriffen. Acht indigene Anführer und zehn Dörfer befinden sich derzeit im Nationalen Programm zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen.²⁸ In ihrem aktuellen Bericht fordert Victoria Tauli-Corpus, die UN-Sonderberichterstatterin für die Rechte indigener Völker, Brasilien auf, seiner menschenrechtlichen Pflicht nachzukommen und das Leben der Indigenen zu schützen und die Demarkierung endlich voranzutreiben.²⁹

Am 12.3.2016 wurde bei einem gewaltsamen Überfall im *Kaiowá*-Dorf *Tekohá Ita Poty* eine Indigene angeschossen. Zwei Tage zuvor war die UN-Sonderberichterstatterin für die Rechte indigener Völker Victoria Tauli-Corpus vor Ort, um die Indigenen nach ihrer derzeitigen Lebenssituation zu befragen. Schon in der Nacht nach ihrem Besuch kam es zu gewaltsamen Übergriffen auf das Dorf.³⁰ Ende März 2016 berichten Indigene von weiteren gewaltsamen Angriffen. Am 31. Januar 2016 wurde die Gemeinde *Kurusu Ambá* attackiert, in der ersten Februarwoche dann die Gemeinde *Guaiviry*.³¹

Organisationen in Brasilien, die die *Guarani-Kaiowá* unterstützen, werden zunehmend kriminalisiert. Seit Ende 2015 ermittelt im Parlament des Bundesstaats Mato Grosso do Sul ein Untersuchungsausschuss (*Comissão Parlamentar de Inquérito*) gegen die Indigenenpastorale der katholischen Kirche, CIMI. Dieser Ausschuss genehmigte die Offenlegung ihrer Bankkonten, Steuerabgaben und Kommunikationspapiere. Der UN-Sonderberichterstatter zur Lage von MenschenrechtsverteidigerInnen interpretiert ein solches Vorgehen als Zeichen der Kriminalisierung von Menschenrechtsorganisationen.

26 CIMI (2014b), S. 17.

27 CIMI (2014a), S. 174-175.

28 Vgl. CIMI (2014b): *Guarani people, great people*, S. 23.

29 Vgl. United Nations Special Rapporteur on the rights of indigenous peoples Victoria Tauli-Corpus (2016): *Brazil. End of Mission Statement*, Verfügbar unter <http://unsr.vtaulicorpus.org/site/index.php/en/statements/123-end-mission-brazil> (29.3.2016).

30 Vgl. CIMI (2016): *Indígena é baleado em retomada Guarani e Kaiowá*. Verfügbar unter http://www.cimi.org.br/site/pt-br/?system=news&conteudo_id=8612&action=read (30.4.2016).

31 Misereor (2016): *Blogbeitrag*. Verfügbar unter <https://blog.misereor.de/2016/02/17/gewalt-gegen-guarani-kaiowa-in-brasilien-menschenrechte-werden-mit-fuessen-getreten/> (30.4.2016).

FIANs Forderungen an die brasilianische Regierung

und die internationale Gemeinschaft

Der Fall der *Guarani-Kaiowá* in Mato Grosso do Sul zeigt, dass es eine unübersehbare Diskrepanz zwischen den formalen Rechten der Indigenen und deren realer Gewährleistung gibt. *De jure* steht einer Demarkierung der Gebiete der *Kaiowá* nichts im Wege, *de facto* kam der Demarkationsprozess unter der Regierung Rousseff seit 2011 zum Stillstand. Um die Gewalt und Unterdrückung zu beenden, muss die brasilianische Regierung den Demarkationsprozess wieder aufnehmen und vorantreiben. Nur die Demarkation der indigenen Ländereien kann die Gewalt beenden.³²

FIAN fordert die brasilianische Regierung auf:

- Die *Guarani-Kaiowá* Gemeinden gegen alle Formen von Gewalt zu schützen und ihr Recht auf ihr angestammtes Land zu respektieren und gewährleisten.
- Die Demarkierung und die Anerkennung aller Gebiete der *Guarani-Kaiowá* fortzuführen sowie die Etablierung struktureller Mechanismen, welche die grundlegenden Ursachen von Hunger bekämpfen. Damit soll die humanitäre Krise überwunden werden, von der die indigenen Menschen in Mato Grosso do Sul seit Jahrzehnten betroffen sind.
- Respekt, Schutz und Gewährleistung des Rechts auf Leben und anderer fundamentaler Rechte der Indigenen, z.B. die Rechte auf kulturelle Identität, angemessene Nahrung, Wasser und traditionelle Bildung.

Zudem erwartet FIAN, dass

- der brasilianische Kongress den geplanten Verfassungszusatz *PEC Nr. 215/00* ablehnt.
- der Oberste Gerichtshof (STF) im Falle von Gerichtsverfahren/Klagen gegen die Demarkierung von indigenen Territorien das Prinzip der Stichtagsregelung (*marco temporal*) nicht anwendet.

FIAN Deutschland verfolgt und unterstützt den Kampf der *Guarani-Kaiowá* seit 2006 und arbeitet eng mit den indigenen Repräsentanten, FIAN Brasilien, CIMI und FIAN International zusammen.

32 CIMI (2015): *O meu povo está sofrendo genocídio no Brasil, afirmou líder indígena em audiência na OEA*. Verfügbar unter <http://www.cimi.org.br/site/pt-br/index.php?system=news&action=read&id=8428> (10.4.2016).

FIAN Deutschland e.V.
Briedeler Strasse 13
50969 Köln

www.fian.de
fian@fian.de
Tel.: 0221-7020072

Köln, Mai 2016

Autorinnen: Almudena Abascal, Silke Karg, Regine Kretschmer,
Angelika Schaffrath-Rosario, Florian Schweikert
Gestaltung: Uschi Strauß
Fotos: © FIAN

Mit freundlicher Unterstützung durch Misereor und die Europäischen Kommission



Für den Inhalt sind allein die Herausgeber verantwortlich. Der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Kommission angesehen werden.



FIAN, das FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk, ist die Internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung.



Die Verursacher des Hungers benennen
Den Hungernden Gehör verschaffen
Gemeinsam die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen